

2017-04-03

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Gemeinsame Sondersitzung des Haupt- und Personalausschusses mit dem Ausschuss für Finanzen zum Haushalt und Fortsetzung der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 08.03.2017

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:55 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende des Haupt- und Personalausschusses, Herr Oberbürgermeister Kuras**, und der **stellv. Ausschussvorsitzende des Finanzausschusses, Herr Rumpf**, begrüßten die Ausschussmitglieder und Gäste, stellten die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Personalausschusses mit zehn und des Finanzausschusses mit neun anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Kuras beantragte im Folgenden zwei Änderungen zur Tagesordnung für die weiterführende Beratung des Haupt- und Personalausschusses:

1. beantragte er die Aufnahme einer Tischvorlage unter dem TOP 11.9. Bei dieser Tischvorlage handelt es sich um die BV/076/2017/III-65 – Teilnahme der Stadt Dessau-Roßlau am Förderaufruf des Bundes „Investitionspaket Soziale Integration im Quartier 2017“.
2. beantragte er die Aufnahme eines nichtöffentlichen TOP 15 – Sonstige nicht-öffentliche Anfragen und Informationen.

Dagegen wurden keine Einwendungen vorgebracht.

Der Tagesordnung für die gemeinsame Sitzung und der weiterführenden ergänzten Tagesordnung des Haupt- und Personalausschusses wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 10:00:00

Ausschuss für Finanzen: 09:00:00

3 Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Anfragen vorgebracht.

4 Beschlussfassungen

Zwischen den Vorsitzenden beider Ausschüsse bestand Einigkeit darüber, dass **der Vorsitzende des Haupt- und Personalausschusses, Herr Oberbürgermeister Kuras**, die Sitzungsleitung der gemeinsamen Sitzung übernimmt. Erforderliche Abstimmungen zu den Tagesordnungspunkten erfolgten getrennt.

4.1 Veränderungen des Ergebnishaushaltes 2017 der Stadt Dessau-Roßlau nach Einbringung in den Stadtrat am 07.12.2016 Vorlage: BV/058/2017/II-20

Für Ausführungen zum Tagesordnungspunkt wurde das Wort an **Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen**, übergeben.

Frau Nußbeck erläuterte, dass die heute vorliegenden Haushaltsvorlagen in dieser Form nicht für die Beschlussfassung durch den Stadtrat wiederzufinden seien. Heute sollen die Änderungslisten vorgestellt und beraten werden, die das Ergebnis der Änderungen durch die Verwaltung und der durchgeführten Haushaltsberatungen seien. Für die Sitzung des Stadtrates am 22.03.2017 erhalten die Stadträte die kompletten geänderten Unterlagen, d. h. Austauschblätter zum Haushaltsplan 2017.

Weitere inhaltliche Ausführungen erfolgten durch Frau Nußbeck zur Beschlussvorlage BV/058/2017/II-20 – Veränderungen des Ergebnishaushaltes 2017 der Stadt Dessau-Roßlau nach Einbringung in den Stadtrat am 07.12.2016.

Nachfolgend sind die Anfragen und deren Beantwortung protokolliert.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erfragte die Zusammenhänge und Hintergründe des Defizitausgleiches KiTa Rodleben und dem Zuschuss aufgrund der Geschwisterermäßigung in Höhe von 193.800 EUR. Zur Beantwortung wurde das Wort an **Herrn Rumpf, CDU-Fraktion** und Ortsbürgermeister Rodleben, übergeben. Er erläuterte, dass in dieser Position teilweise Tarifierhöhungen erhalten seien. Den Großteil machen aber die erhöhten Kinderzahlen, vor allem im Hortbereich, aus. Grundlage sei die mit dem Jugendamt abgeschlossene Vereinbarung, die diesbezüglich angepasst werden musste. **Frau Nußbeck** ergänzte, dass diese Veränderungen sowohl auf den Eigenbetrieb DeKiTa, als auch auf die übrigen Freien Träger zutreffen.

Weitere Fragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Beide Ausschussvorsitzenden stellten die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Die Vorlage wurde jeweils einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 10:00:00

Ausschuss für Finanzen: 09:00:00

**4.2 Veränderung zum Finanzplan investiv 2017 bis 2021
Vorlage: BV/059/2017/II-20**

Das Wort wurde an **Frau Wirth, Leiterin des Amtes für Stadtfinanzen**, für inhaltliche Ausführungen zur Beschlussvorlage übergeben. Frau Wirth erläuterte die wesentlichen Schwerpunkte der Veränderungen zum Finanzplan investiv 2017 bis 2021, einschließlich der Sperrvermerke zum einen die LAGA betreffend, d. h. dass die Kreditaufnahme für sonstige städtische Maßnahmen abhängig sei vom Zuschlag für die Stadt Dessau-Roßlau für die LAGA und im Weiteren die Maßnahme Technikmuseum „Hugo Junkers“ betreffend, die von der Einordnung dieses Museums in den Kulturentwicklungsplan anhängig gemacht werde.

Im Folgenden sind die Anfragen und deren Beantwortung protokolliert.

Zur Maßnahme ‚Umsetzung OdF-Mahnmal‘ äußerte **Herr Schönemann** die Höhe der finanziellen Mittel von 60.000 EUR betreffend Bedenken hinsichtlich der Auskömmlichkeit für den Umfang der Maßnahme. **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, verwies diesbezüglich auf die heute im Haupt- und Personalausschuss zur Beschlussfassung stehende BV/054/2017/III-61 – Umsetzung des Mahnmals für die Opfer des Faschismus – Maßnahmebeschluss.

Weitere Anfragen und /oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Die **Ausschussvorsitzenden** stellten die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Die Vorlage wurde jeweils einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 10:00:00

Ausschuss für Finanzen: 09:00:00

**4.3 Haushaltssatzung 2017, Haushaltsplan 2017, Stellenplan 2017
Vorlage: BV/475/2016/II-20**

Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Die **Ausschussvorsitzenden** stellten die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Die Beschlussvorlage wurde jeweils einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 10:00:00
Ausschuss für Finanzen: 09:00:00

**4.4 Haushaltskonsolidierungskonzept 2017 und Folgejahre
Vorlage: BV/060/2017/II-20**

Das Wort wurde **Frau Wirth** für inhaltliche Ausführungen zu den wesentlichen Änderungen erteilt.

Nachfolgend sind die Anfragen und/oder Wortmeldungen zum Thema protokolliert.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, wies zum Anhaltischen Theater ausdrücklich darauf hin, dass dieser Konsolidierungsvorschlag nur dann umsetzbar sei, wenn das Land diese Erwartungshaltung mittrage.

Dies wurde sowohl durch **Frau Nußbeck** als auch **Frau Wirth** bestätigt. Es wurde zu Beginn der Haushaltsberatungen bereits auf dieses haushaltsrelevante Risiko hingewiesen.

Herr Oberbürgermeister Kuras verwies diesbezüglich auf die Aussagen des Staatssekretärs Herrn Dr. Schellenberger, dass es keine weiteren Einsparungen geben werde. In mit ihm geführten Gesprächen habe die Stadt deutlich gemacht, dass eine Beibehaltung des jetzigen Etats eben doch auch eine Kürzung sei und zwar aufgrund der Dynamisierung. Ursprünglich sollte der Einstieg in die Gespräche zur Theaterfinanzierung Ende 2017 beginnen. Die Stadt habe aber dafür geworben, die Gespräche aufgrund der Kompliziertheit und Komplexität schon zu einem früheren Zeitpunkt aufzunehmen. Insofern hoffe man auf den politischen Willen der Landesregierung, so der Oberbürgermeister.

Er erklärte im Weiteren auf Anfrage von **Herrn Schönemann**, dass er selbst sowie die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen und der Beigeordnete für Wirtschaft und Kultur die Verhandlungen führen werden.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Die **Ausschussvorsitzenden** stellten die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Die Vorlage wurde jeweils einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 10:00:00
Ausschuss für Finanzen: 09:00:00

**4.5 Haushaltskonsolidierungskonzept 2017 und Folgejahre
Vorlage: BV/473/2016/II-20**

Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Die **Ausschussvorsitzenden** stellten die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Die Vorlage wurde jeweils einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Haupt- und Personalausschuss: 10:00:00

Ausschuss für Finanzen: 09:00:00

5 Öffentliche Anfragen und Informationen

5.1 Zehnter Beteiligungsbericht der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: IV/009/2017/II-20BTM

Das Wort wurde an **Frau Ziegler, Abteilungsleiterin Haushalt und Rechnungswesen im Amt für Stadtfinanzen**, für inhaltliche Ausführungen übergeben.

Nachfolgend sind die Anfragen und deren Beantwortung protokolliert.

Bezüglich der Anfrage von **Frau Ehlert, Fraktion Die Linke**, erklärte **Frau Nußbeck**, dass die Jahresabschlüsse und die Entlastungen der GmbHs durch den Beteiligungsausschuss beschlossen und die Eigenbetriebe immer durch den Stadtrat beschlossen werden.

Weitere Anfragen zum Beteiligungsbericht wurden nicht vorgebracht.

Frau Nußbeck nahm an dieser Stelle Bezug auf eine Bitte des Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen, Herrn Weber, der heute krankheitsbedingt nicht anwesend sein könne. Er bat Frau Nußbeck in einer Mail darum, seine Besorgnis über die Entwicklung der Vermögenswerte in den Unternehmen zu übermitteln. Seiner Meinung nach zeichne sich bei einigen Unternehmen in Bezug auf die Vermögenswerte eine negative Entwicklung ab. Seine Besorgnis sei, dass die Stadt durch diese Entwicklung bedingt, schleichende Vermögenswerte verliere. Er regte diesbezüglich an, sich mit dieser Thematik nochmals gezielter auseinanderzusetzen.

Frau Nußbeck bestätigte, dass es bei einigen Unternehmen tatsächlich eine diesbezügliche negative Entwicklung gebe. Beispielhaft sei hier das Städtische Klinikum genannt. Das Land habe sich bei den Investitionszuschüssen sehr zurückgezogen und wenn man dauerhaft mit den Investitionen unterhalb der Abschreibungsgrenze bleibe und auch keine anderen Finanzierungsmodelle habe, dann sei dies durchaus kritisch zu sehen und man müsse darüber reden, wie man damit umgehen wolle.

Herr Schönemann stimmte dem zu, insbesondere was die kommunalen Kliniken im Land anbetreffe. Auch er vertrete die Ansicht, dass hier eine Reaktion auf diese Situation erforderlich sei. Diesbezüglich habe er bereits Kontakt mit den Kollegen der Regierungskoalition aufgenommen.

Frau Ziegler führte aus, dass eine Betrachtung der Entwicklungen im Zeitraum 2013 bis 2015 die von Herrn Weber geäußerten Bedenken nicht bestätigt. Eine rückläufige Entwicklung des Anlagevermögens für eine schlechte wirtschaftliche Situation des Unternehmens verantwortlich zu machen, sei so nicht richtig. Insgesamt könne eingeschätzt werden, so Frau Ziegler weiter, dass bei den Mehrheitsbeteiligungen des

Anlagevermögens insgesamt im Jahr durchschnittlich um 5,5 Mio. EUR sinke (von insgesamt 700 Mio. EUR Anlagevermögen). Dies sei mit Blick auf die Abschreibungsthematik aber nachvollziehbar.

Herr Oberbürgermeister Kuras bestätigte, dass es durchaus Sinn mache, sich mit dieser Problematik, wenn auch nicht dringlich, einmal gesondert zu befassen.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Sowohl der Haupt- und Personalausschuss als auch der Ausschuss für Finanzen nahmen die Information zur Kenntnis.

6 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Es wurden keine sonstigen Anfragen und Mitteilungen vorgebracht.

Es wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Weiterführung der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses

Herr Schlecht-Pesé, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, blieb als Gast anwesend.

8 Genehmigung der Niederschrift vom 18.01.2017

Die Niederschrift vom 18.01.2017 wurde genehmigt (07:00:03).

9 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gab die zwei in der Sitzung vom 18.01.2017 gefassten Beschlüsse bekannt:

- **Zielvereinbarungen 2017 mit der Geschäftsführung der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH**
Vorlage BV/490/2016/II-20BTM
- **Veräußerung eines kommunalen Grundstückes in Dessau-Kleinkühnau, Elsholz/Ecke Hauptstraße**
Erteilung einer Belastungsvollmacht
Vorlage: BV/396/2016/IV-80

In den Sitzungen am 02.02.2017 und 21.02.2017 gab es keine Beschlüsse im nicht-öffentlichen Teil, so der Oberbürgermeister.

10 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Es gab keine Eilentscheidungen im Berichtszeitraum.

11 Beschlussfassungen

11.1 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA Vorlage: BV/001/2017/I-OB

Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

11.2 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA Vorlage: BV/020/2017/I-OB

Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

11.3 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA Vorlage: BV/032/2017/I-OB

Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

11.4 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA Vorlage: BV/505/2016/I-OB

Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

11.5 Maßnahmebeschluss zur Umsetzung des Mahnmals für die Opfer des Faschismus (OdF)
Vorlage: BV/054/2017/III-61

Herr Oberbürgermeister Kuras führte ein, dass es bei diesem Beschluss zunächst nur um die Zustimmung zur Wegnahme des Denkmals geht. Man stehe in der Thematik unter Zeitdruck. Es ist nun März und die Stiftung Bauhaus möchte demnächst mit den Tiefbauarbeiten beginnen. Deswegen gehe es zunächst nur um die Zustimmung zur Wegnahme, Einlagerung und wahrscheinlich auch schon erste Bearbeitung des Denkmals. Vor einigen Wochen fand eine Beratung statt, wo mit den Stadtratsfraktionen und verschiedenen anderen Institutionen, wie den Opferverbänden, eine generelle Lösung gesucht wurde. Die Lösung besteht darin, das Mahnmal für die Opfer des Faschismus im Anschluss an die Errichtung des Bauhaus-Museums wieder aufzustellen, jedoch nicht an der gleichen Stelle, sondern etwas links von dem Museum zwischen dem Springbrunnen und dem Stadtpark. Etwa in Höhe des Giebels des jetzigen Wohngebäudes, welches da noch steht. Dies würde dann in einer erneuten Beschlussvorlage zu gegebener Zeit vorliegen. Es wurde entschieden, die zu behandelnde Vorlage nicht bis in den Stadtrat zu geben, sondern im Haupt- und Personalausschuss enden zu lassen.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, ergänzte, dass am 01.04.2017 mit der Baumaßnahme am Bauhaus-Museum begonnen werden soll. Bis dahin sollte das Mahnmal abgebaut sein, um es geschützt einzulagern. Die Verwaltung hat sich aufgrund des großen Interesses dazu entschieden, nochmal den weiteren Weg aufzuzeigen, um dann zu einem im Sinne aller Beteiligten und Interessierten ausdiskutierten Wiederaufbau zu kommen; an einer entsprechenden Stelle, die grob vorgegeben worden ist. Sodass dieses Mahnmal spätestens im Jahr 2018, zu den entsprechenden Feiertagen an seiner neuen Stelle steht und die Feierlichkeiten begangen werden können.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, drückte aus, dass er die Vorlage gern im Stadtrat beschließen würde. Das Problem ist, dass es hier aus fachlicher Sicht den beschriebenen Übergang nicht ermöglicht. Denn mit dem Rückbau beginnt bereits die Aufarbeitung. Die Art des Rückbaus bestimmt unter anderem auch die Qualität der Aufarbeitung und des Ansatzes der Wiedererrichtung. Dazu ist eine bestimmte Technologie erforderlich. Damit ist der reine Rückbau aus seiner Sicht nicht definiert. Er sieht Rückbau, Aufarbeitung und Neuerrichtung in einem unmittelbaren Zusammenhang und das würde er auch gern so fassen wollen.

Er erklärte, er habe sich bei der Steinmetz-Firma erkundigt, die sich damit beschäftigt und den Aufwand am Mahnmal betrachtet hat. Da ist er auch bestätigt worden, dass es in guten Händen ist, sodass es anständig wieder errichtet wird. Er hat seine Erfahrung darin, da er auch selbst etliche Dinge wie Fresken zurückgebaut und wiedererrichtet hat und so wisse er, was da an Aufwand nötig ist. Rückbau, Aufarbeitung und Wiedererrichtung sind ein Vorgang. Es wird nun die Tragweite des Objektes als ODF-Denkmal ein Stück weit artikuliert. Es gehe also nicht nur um politisch Verfolgte. Er möchte zur Richtigstellung noch Folgendes sagen: Hier ging es nicht darum, den politisch Verfolgten eine Sonderstellung zukommen zu lassen. Denn mit der Vorlage nehme man eine Wertung vor. Stattdessen ging es damals darum, dass sich die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes auf das rote Dreieck geeinigt hatte, ob-

wohl es in der Unterschiedlichkeit der einzelnen Stigmatisierung der Menschengruppen auch andere Farben gab. Die VVN hatte sich damals in ihrer Organisation für eine Farbe entschieden, das war keine politische Willkür oder Artikulierung. Damit müsse man etwas sensibel umgehen.

Herr Oberbürgermeister Kuras berichtete, dass die Besprechung mit den Stadtratsfraktionen und den verschiedenen Institutionen, wie dem Anhaltischen Kunstverein und dem VVN, am 25.01.2017 stattfand. Es gab dort eigentlich eine sehr hohe Übereinstimmung über das weitere Vorgehen. Damaliger Stand war, dass die BV in die Ausschüsse geht und man die Gäste aus dieser Besprechung dahin wieder einlädt. Es gab große Übereinstimmung für den Standort, der dann letztlich von einer überwiegenden Mehrheit mit getragen wurde. Heute gehe es lediglich um die Einigung auf die Wegnahme. Danach könnte der Ausschuss vielleicht die genaue Art der technischen Bearbeitung zeitnah im zweiten Schritt beschließen.

Wichtig ist erstmal, dass das Denkmal weggenommen und gesichert wird, so **Frau Schlonski**.

Herr Schönemann erwiderte, dass seine Fraktion eine andere Sicht darauf hat, weil diese die Maßnahme im Zusammenhang sieht. **Frau Schlonski** bestätigte, dass es sich hierbei um einen zusammenhängenden Prozess handelt. Jedoch wird es die Stadt nicht schaffen, bis zur Wegnahme jeden einzubeziehen und alle Ausschüsse zu beteiligen.

Herr Schönemann schlug daraufhin den Kompromiss vor, die Thematik terminlich zu fassen. So könne sich seine Fraktion dem Beschluss anschließen. Es steht auch eigentlich in der Vorlage: Bis 31.12.2017 soll es wieder aufgestellt worden sein. **Herr Pätzold**, ebenfalls **Fraktion Die Linke**, schloss sich an und sagte, dass dieses Datum so in der BV niedergeschrieben ist und fragte sich, warum Frau Schlonski nun von 2018 redet.

Frau Schlonski stellte klar, dass sie mit 2018 bis zu den Gedenktagen sagte. Natürlich stehe in der Vorlage, dass die Maßnahme bis Ende des Jahres fertig ist. Hintergrund ist jedoch, dass die Gedenktage im Januar sind und das Denkmal dafür wieder steht. Sie habe sich nur verkürzt ausgedrückt.

Herr Oberbürgermeister Kuras bestätigte ihre Angaben und erklärte, der späteste Zeitpunkt wäre der 27.01.2018. An diesem Tag müsse das Denkmal wieder in Betrieb sein.

Herr Pätzold gab zu bedenken, dass es in der Hochwinterzeit immer wieder Probleme gibt. Da könne man auch Herbst 2017 festlegen.

Frau Schlonski stellte fest, dass im Zeitplan fälschlicherweise der Beschluss des Stadtrates an erster Stelle stand. Das wurde in der OB-Dienstberatung auf die heutige Sitzung korrigiert. Dann komme der Auftrag für den Rückbau und die Einlagerung. Anschließend beginnt der Prozess der gemeinsamen Überlegung des Wiederaufbaus und der Form dessen, sodass man dafür einfach etwas mehr Zeit hat. Darin sah sie keinen Widerspruch zu Herrn Schönemann, außer dass es eventuell eine leichte zeitliche Diskrepanz gibt. Nur sah sie nicht, wie man diese lösen könne.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, äußerte zum Verständnis: Wenn der Ausschuss die Vorlage in dieser Sitzung beschließt, kann mit der Maßnahme begonnen werden. Wenn man jedoch nochmal 14 Tage bis zum Stadtrat warten würde, würden nochmal 14 Tage ins Land gehen.

Herr Oberbürgermeister Kuras bestätigte dies und bekräftigte, dass die Verwaltung die Maßnahme deshalb auch getrennt habe. Sodass man das Denkmal erstmal wegnimmt, bevor die Bagger der Stiftung auf das Gelände fahren. Und danach könne man in Ruhe die ganzen Fragen und Wünsche der Ausgestaltung abarbeiten. Ziel ist eine qualitativ gute Lösung.

Herr Adamek sprach sich daher für eine Beschlussfassung und gegen die Verlagerung in den Stadtrat aus. Man könne die Thematik dann gern nochmal im öffentlichen Teil diskutieren, aber von einer Verzögerung möchte absehen, sonst würden wieder zwei Wochen Zeit fehlen.

Herr Schönemann stellte klar, dass es nicht um die Entscheidung ginge, ob die Maßnahme so stattfindet, er wollte nur verdeutlichen, dass es ein fließender Prozess ist, der sich gegenseitig ergänzt und man solche Dinge berücksichtigen muss, sei es bei der Kostenkalkulation oder dergleichen. Er ist sich zudem sicher, dass die 60.000 EUR nicht reichen werden, zumal man das ganze Umfeld neu gestalten möchte. Deshalb müsse man ehrlich sein, um hinterher nicht feststellen zu müssen, dass es der Stadt zu teuer wird. Er wollte nichts unterstellen, wies aber auf die Gefahr hin. Er vermutete, es wird zwischen 100.00 und 120.00 EUR kosten, inklusive Umfeldgestaltung, Rückbau, Neugestaltung, usw. Die Maßnahme sei aufgrund der zurückzubauenden Kleinteile sehr aufwendig.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, ging auf Herrn Schönemanns „Intervention gegen die Vorlage“ ein und warf vor, dass diese insgeheim den Vorwurf implementiere, dass der Wiederaufbau des Denkmals eigentlich nicht beabsichtigt ist. **Herr Schönemann** wies diesen Vorwurf prompt zurück und stellte klar, dass dies so nicht zu verstehen sei. **Herr Bönecke** sagte, er denke, dass man sich in diesem Gremium und auch im Stadtrat darüber einig ist, dieses Denkmal würdiger Weise an einen anderen Standort wiederzuerrichten. Daher würde er diese Vorlage heute beschließen wollen, damit es vorwärts geht und sich die Stadt nicht selbst „einen Stuhl in die Tür stellt“.

Herr Kolze, CDU-Fraktion, teilte diese Auffassung ausdrücklich. Wenn das Gremium diese Vorlage heute zurück verweist, wird die Stadt gegebenenfalls ein Zeitproblem in Bezug auf den Baubeginn bekommen. Er verstand ein wenig, was Herrn Schönemann bewegte: dass man beim Abbau von etwas Altem feststellt, dass mehr kaputt ist, als zunächst gedacht. Jedoch teilte er dessen Auffassung nicht wirklich. Es könne natürlich zu einem finanziellen Aufwuchs kommen. Dieses Risiko habe der Ausschuss jedoch nicht in der Hand. Der Oberbürgermeister hat klar gesagt, am 28.01.2018 ist das späteste avisierte Datum, an dem das Denkmal wieder stehen soll. Daher geht er davon aus, dass man entsprechend alles daran setzen wird, diesen Termin zu halten. Und er denkt auch, dass man hier ohne schuldhafte Verzögerung an der Sache arbeiten wird. Daher plädiert er ebenfalls für die heutige Beschlussfassung.

Sobald die Frage der technischen Lösung geklärt ist und die Kostenvoranschläge vorliegen, so **Herr Oberbürgermeister Kuras**, wird dies in die Standortdiskussion einbezogen.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/DIE GRÜNEN, setzte eine übereinstimmende Meinung über den Wiederaufbau des Denkmals voraus. Insofern sah er auch die Mehrheiten dafür, dass eventuelle Mehrkosten gemeinsam getragen werden. Das Risiko besteht. Das Vertrauen in diesem Gremium muss da sein, dass die Kosten dann auch getragen werden. Er würde es darüber hinaus dringend empfehlen, die Baumaßnahme insoweit zu beschleunigen, dass diese deutlich vor Winterbeginn abgeschlossen ist. Man könne den kommenden Winter nicht voraussagen.

Es sei völlig missverständlich, dass die Fraktion Die Linke, die Beschlussfassung verschieben will, so **Herr Schönemann**. Das sei nicht die Intention. Er möchte die Vorlage qualifiziert wissen und insofern sieht er nach wie vor die Zusammenhänge zwischen Rückbau, Sanierung und Wiederaufbau. Das könnte, so sein Vorschlag an Frau Schlonski, durch eine Terminleiste untersetzt werden. Und wenn man die Maßnahme heute beschließt, ist dies ein Auftrag, der aus dieser Sitzung entsteht und so hat man eine klare Konturen, was zu welchem Zeitpunkt passiert und welche Kosten auf die Stadt Schritt für Schritt zu kommen. Ziel solle dann sein, den 27.01.2018 zu sichern und den Winter zu berücksichtigen.

Zum Schutz der Böschungskegel, welche bei Beginn der Tiefbauarbeiten wegrutschen würden, braucht er die heutige Zustimmung des Gremiums, so **Herr Oberbürgermeister Kuras**. Das Denkmal steht an einer gefährdeten Stelle. Die Verwaltung müsse die Bevölkerung mittels Pressemitteilungen auch vorher nochmal über den Rückbau informieren, sonst sehe er die Bürgerbriefe schon vor seinem geistigen Auge.

Frau Schlonski erklärte, die Zeitplanung sei, nach Beschluss dieser Vorlage den Auftrag für Rückbau und die Einlagerung entsprechend zu fassen. Es wird im Juni 2017 eine offene Werkstatt geben, für welche ein Büro Ideen vorbereitet, sodass nicht ins Leere diskutiert wird. Dann werde abschließend festgelegt, auf welche Art und Weise der Wiederaufbau geschehen wird. Die Objektplanung für den Wiederaufbau erfolgt von Juli bis August 2017. Die Bauausführung dessen und eventuell gewünschte Ergänzungen werden von Oktober bis Dezember 2017 erfolgen. Insofern gibt es in dieser Vorlage bereits einen Zeitplan.

Herr Kolze sagte, wenn man wie Herr Dr. Melchior im Spätsommer fertig sein will, wird Anfang Juni für eine Werkstatt zu spät sein. Daher fragte er, was dagegen spreche, dass nach Beschluss mit der Maßnahme begonnen wird, um dann schnellstmöglich die Arbeiten zu veranlassen.

Dieser Umbau ist im Grunde eine Art neue Maßnahme, so **Frau Schlonski**. Doch die Stadt hat bisher noch keinen beschlossenen Haushalt. Dieser wird erst am 22. März beschlossen und muss dann auch erst bewilligt werden. Die Stadt hat bereits die Mittel für den Rückbau, weil diese Maßnahme unabweisbar ist. Aber weitere Auftragsvergaben muss die Stadt nach ihren Haushaltsbeschlüssen richten.

Herr Oberbürgermeister Kuras bekundete, er denkt, es ist machbar. Die Rücksichtnahme auf die Sensibilität dieses Themas, also die gesellschaftliche Debatte, werde eher Zeit kosten. Doch selbst die war im Gespräch am 25.01.2017 bereits gut abgeräumt worden. Demnach wäre er über einen jetzigen Beschluss dankbar und sicherte weiterführende Informationen zu.

Herr Dr. Melchior empfahl zu prüfen, ob trotz nicht genehmigten Haushaltes ein vorzeitiger Maßnahmebeginn zumindest für die Auftragsvergabe für das Planungsbüro möglich ist, damit an der Stelle Zeit gewonnen wird. Die rein geplante Bauzeit bis Dezember sei zu spät und stelle ein politisches Risiko dar, dass er nicht gern eingehen würde. Dem werde aus dem Stadtrat auch niemand widersprechen, fuhr er fort.

Herr Schönemann äußerte die Bitte, dass dies Monat für Monat in die Berichterstattung über die Bauabläufe eingebunden wird.

Herr Adamek äußerte Sorgen über den ersten Punkt im Ablaufplan – die offene Werkstatt; und nur vier Wochen später die Planung zum Wiederaufbau. Aus seiner Sicht könne die offene Werkstatt, also der Ideenaustausch, umgehend beginnen.

Frau Schlonski wies darauf hin, dass beim Ideenaustausch ein Dritter benötigt werde, der diesen kanalisiert und vorbereitet. Dazu müsste ein Auftrag vergeben werden und dann kann diese beginnen.

Es darf keine langen Debatten mehr um den Standort geben, betonte **Herr Oberbürgermeister Kuras**.

Herr Kolze fragte, warum dies ein Dritter machen muss. **Frau Storz, SPD-Fraktion**, warf ein, weil es sich hierbei um Kunst handelt.

Frau Schlonski erklärte, es handle sich hierbei um kein großes Vergabeverfahren. Es beschränkt sich eher auf eine Moderation und künstlerisches Knowhow, fügte **Herr Oberbürgermeister Kuras** hinzu.

Es wurde eben der Vorschlag gebracht, vorher Mittel einzuwerben, um diesen Auftrag zu vergeben, wiederholte **Frau Schlonski**. Anschließend könne man versuchen, das Ganze nochmals zusätzlich zu beschleunigen.

Herr Bönecke wünschte sich zur Moderation, dass diese aus der Verwaltung heraus geleistet wird. Dies sollte möglich sein, sodass an der Stelle nicht nochmal Mittel ausgegeben werden müssen. Es fehle ihm an Verständnis für eine Moderationsleistung Dritte hinzuziehen zu müssen. Das Geld könne die Stadt besser verwenden.

Herr Schönemann verwies auf die bereits wirksam installierte Kuratorin, welche die Kunst im öffentlichen Raum mit der Neuordnung Kavallerstraße steuert. Er wollte wissen, warum diese die Moderation nicht mit Steuern könne.

Die Stadt habe bestimmte Vorgaben, so **Frau Schlonski**. Das Denkmal wird nun weggenommen und es ist auch schon klar, an welcher Stelle es in etwa wieder aufgebaut werden soll. Was jedoch überhaupt noch nicht klar ist, ist, ob es 1:1 wieder aufgebaut und wie das Umfeld gestaltet werden soll oder wie der Idee der Einbin-

derung der andersfarbigen Dreiecke entgegen gekommen werden soll. Die Stadt brauche daher jemanden, der an der Stelle ein paar Vorschläge unterbreitet. Das schafft die Verwaltung nicht aus eigenem Potential heraus.

Herr Oberbürgermeister Kuras wies nochmals auf die Sensibilität des Themas, insbesondere im Hinblick auf die Opferverbände, hin. Die Finanzierung sei möglich und man werde es schnell machen, versicherte er und bat um Abstimmung der Beschlussvorlage mit den vorgenannten Kommentierungen:

- regelmäßiger Status- bzw. Baubericht für die Sitzungen des Stadtrates
- kritische Prüfung der Terminkette, ggf. Komprimierung dessen
- vorherige Prüfung eines vorzeitigen Baubeginns.

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

**11.6 Gemeinsame Erklärung der Stadt Dessau-Roßlau und der Polizei zur Fortführung und Weiterentwicklung der seit Jahren bestehenden Sicherheitspartnerschaft
Vorlage: BV/042/2017/II-32**

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärte einleitend, dass das Funktionieren dieser Sicherheitspartnerschaft am kommenden Samstag wieder auf die Probe gestellt wird. Dazu werde er zu einem späteren Zeitpunkt weiter ausführen.

Weitere Wortmeldungen und/oder Anfragen wurden nicht vorgebracht.

Der Haupt- und Personalausschuss nahm die Beschlussvorlage zur Kenntnis.

**11.7 Neufassung der Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/310/2016/II-32**

Einleitend erklärte **Herr Oberbürgermeister Kuras**, dass die Gefahrenabwehrverordnung vor einiger Zeit in diesem Gremium besprochen wurde. Es habe seitens Herrn Dr. Melchior hinsichtlich der Handhabbarkeit und der Frage, ob es zu viel Bürokratie sei sowie der Frage, ob dieses Mehr an Kontrolle auch ein Mehr an Ergebnis sei, Bedenken gegeben. Daraufhin wurde die Vorlage zurückgezogen und vom Dezernat II angepasst.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, sagte, die Hinweise wurden aufgenommen, auch Einzelgespräche habe es nochmal gegeben. Insbesondere wurde der Hinweis zum Brauchtumsfeuer berücksichtigt. Die kritischen Punkte seien ihres Erachtens behoben wurden und sie gehe davon aus, dass die Satzung nach wie vor beim Landesverwaltungsamt genehmigungsfähig ist.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, bekräftigte, dass seine damaligen Bedenken allesamt ausgeräumt worden und er der jetzigen Fassung vorbehaltlos zustimmen könne.

Herr Rumpf werde der Vorlage zustimmen, fragte dennoch, ob man jemandem ein Lagerfeuer auf seinem privaten Grundstück verbieten könne. Er erhielt von mehreren Ausschussmitgliedern die Antwort, dass dies im Rahmen der Gefahrenabwehr möglich sei. Er äußerte daraufhin Bedenken, wie die rechtliche Lage sei, wenn keine Gefahr von einem ordentlich betriebenen Lagerfeuer ausgehe. **Frau Nußbeck** bestätigte, dass dieses Verbot rechtlich möglich sei und bereits ein ähnliches Verbrennungsverbot in der Satzung zur Abfallverbrennung bestehe. **Herr Oberbürgermeister Kuras** erinnerte daran, dass sich das Gremium bereits über den Paradigmenwechsel einig war. Er sehe die Gefahrenabwehrverordnung als rechtlich zulässig an. Wenn eine Gefahr im Verzuge, oder gar nur abstrakt zu befürchten sei, könne man solche Regelungen treffen. **Herr Dr. Melchior** wies daraufhin, dass die Verbrennung zuvor schon verboten war.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht, daher bat der **Oberbürgermeister** um Abstimmung.

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

Anschließend verließ **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, die Sitzung um 18:25 Uhr.

11.8 Umstellung des Sitzungsdienstes auf elektronisches Verfahren im SessionNet

Vorlage: BV/002/2017/II

Das Wort wurde an **Herrn Adamek, CDU-Fraktion**, übergeben. Dieser äußerte Bedenken, dass die vorgegebene Zustimmung von 45 Stadträten erreicht werde. Die Zurverfügungstellung von Notebooks sei unzweckmäßig, demzufolge seien die Kosten in Höhe von 1.000 EUR zu hoch. Notebooks gebe es definitiv günstiger.

Er bezog sich in seinen weiteren Ausführungen auf Seite 2 der Anlage 2:

Punkt 1 – Er wies darauf hin, dass er demzufolge zu jeder Sitzung mit drei Endgeräten erscheinen müsse, was er vermeiden möchte.

Punkt 3 – Er sei nicht gewillt, für jede Software-Änderung zur IT-Abteilung der Stadt zu gehen.

Punkt 4 – Diese Regelung hielt er nicht für zwingend notwendig, da er bisher vertrauliche Emails seitens der Stadt auf seine private Emailadresse erhält.

Anlage 3, Punkt 1.3 – Kurzfristige Vorlagen und Nachreichungen können seines Erachtens auch sofort digitalisiert zur Verfügung stehen, da es nur eine Freigabe der Daten sei.

Die Nachfrage von **Herrn Rumpf, CDU-Fraktion**, ob der erste Beschlussvorschlag bedeutet, dass es ab diesem Zeitpunkt keine Papierform mehr gibt, fand allgemeine Bestätigung. Er wies darauf hin, dass er seit circa vier Jahren kein Papier mehr ha-

ben möchte, es bis jetzt jedoch nicht möglich sei, da Stadtverwaltung zunächst lernen müsse, mit dem SessionNet umzugehen und die Vorlagen elektronisch zur Verfügung zu stellen; mit Ausnahme von Frau Ziembra. Auf Nachfrage von **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke**, erklärte **Herr Rumpf**, dass die Voraussetzungen zur Umstellung des Sitzungsdienstes theoretisch geschaffen seien, die Sitzungsbearbeiter nach 10 Jahren SessionNet die Haken jedoch noch immer nicht richtig setzen, sodass es nicht möglich sei, sich einige Vorlagen im Vorfeld herunterzuladen, teils selbst zur Sitzung nicht. Daher sah er den Termin 01.10.2017 als sehr waghalsig. Eine Umstellung setze ordnungsgemäße Ladung voraus. Er befürchtete, einzelne Stadträte würden die Eröffnung der Sitzung verhindern, wenn die Unterlagen noch nicht vorliegen. Dem möchte er lediglich vorbeugen, so Herr Rumpf weiter. Bei einer Umstellung ab 01.10.2017, müsste seines Erachtens parallel dazu noch ein Viertel- bis halbes Jahr Papier ausgereicht werden, um die Sitzung rechtssicher durchführen zu können. Hinzu komme, dass es keine Tischvorlagen am Sitzungstag mehr gäbe. Der Download der Unterlagen im Sitzungssaal müsse zunächst getestet werden. Daher sollte das WLAN bestenfalls sofort eingerichtet und eine Probephase eingeplant werden.

Zudem äußerte Herr Rumpf, dass es an der heutigen Zeit vorbei gehe, Laptops verteilen zu wollen. Darauf werde er sich nicht einlassen, da nach spätestens drei Stunden die Akkus leer seien. Bei seinem Tablet-PC halte der Akku jedoch acht Stunden. Diese Aussage stieß allgemein auf keine Zustimmung, die technische Entwicklung sei deutlich ausgereifter. **Herr Schlecht-Pesé, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, wies darauf hin, dass so oder so Steckdosen in den Sitzungsräumen benötigt werden. **Herr Rumpf** erwiderte, dass jeder mit dem Gerät und der Nutzeroberfläche arbeiten dürfen sollte, an die er gewöhnt sei. Voraussetzungen seien lediglich ein Email-Programm, Word, Excel, PowerPoint und ein pdf-Reader. **Herr Präger, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, entgegnete, in der Beschlussvorlage sei nicht geschrieben, dass man das Gerät nutzen müsse. Es sei sicherlich jedem freigestellt, das eigene Tablet zu nutzen und dort den Email-Account abzurufen. Diese Aussage stieß auf Widerspruch. Er fuhr fort, dass das Papier durch die Umstellung nicht ganz verschwinden werde, sondern jeweils ein Papiersatz in die Fraktionsbüros gesendet wird. Dort könne man die Vorlagen vervielfältigen lassen, so denn unbedingt gewünscht.

Des Weiteren sei die vorbehaltliche mindestens 90%ige Teilnahme aus seiner Sicht ein K.-o.-Kriterium, daher hinterfragte er die Notwendigkeit dieser Prämisse. **Herr Oberbürgermeister Kuras** erwiderte, dass es andernfalls ein dauerhaftes zweigleisiges System gäbe. **Frau Nußbeck** stimmte dem zu. Zudem sei der eine Drucksatz für die Fraktionsbüros nicht ausreichend, um eine fristgerechte und ordnungsgemäße Zustellung im Sinne der Kommunalverfassung zu gewährleisten. Die 90 % kommen insofern zustande, dass es noch überschaubar wäre für fünf Stadträte weiterhin die Unterlagen auszufahren. Bei mehr als fünf Stadträten wäre es jedoch ein derartiger Aufwand, die ordnungsgemäße Zustellung zu kontrollieren, sodass man die Papierform gleich beibehalten könne. Ziel sei die 100%ige Annahme im Stadtrat. Sie stimmte Herrn Rumpf zu, dass der digitale Zugriff auf alle Vorlagen Voraussetzung für die Umstellung sei, da sich sonst Rechtsfolgen für den Beschluss einer Vorlage oder gar die Eröffnung einer Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung ergeben könnten.

Herr Schönemann schlug vor, die CDU-Fraktion solle den papierlosen Sitzungsdienst zunächst als Pilotprojekt begleiten und anschließend mit den anderen Fraktionen in den Erfahrungsaustausch treten, da er aus dieser Fraktion mehr Bedenken als

Befürwortungen vernahm. **Herr Adamek** entgegnete, in seiner Fraktion bereits eine Probeabstimmung gemacht zu haben, bei der zwei Personen für die Beibehaltung des Papieres waren. Da ein Drucksatz in die Fraktionsbüros geht, könne dieser einfach kopiert werden. Somit würde er die Mail-Adressen einführen und den Beschluss fassen, jedoch nicht mit 90 %, sondern mehrheitlich. Dann gäbe es die Möglichkeit der Endgeräte bzw. des Selbstkaufes, welchen er bevorzuge. Er und Herr Rumpf seien lediglich besorgt um die Kosten der Geräte sowie die termingerechte Bereitstellung der Unterlagen im SessionNet. Beispielsweise koste ein iPad pro inklusive aller Lizenzen unter 900 EUR. Er schlug vor, dass jeder Stadtrat nach einer Möglichkeit schaut, sich selbst ein Endgerät für die Zeit der Legislaturperiode anzuschaffen. Auf Nachfrage von **Herrn Rumpf**, ob die Umstellung für alle Ausschüsse gelte, wurde dies bejaht.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, hielt die einheitliche Ausstattung und Wartung der Geräte ebenfalls für problematisch, insbesondere bei individueller Anschaffung. Eine gewisse Standardausstattung sei empfehlenswert.

Herr Oberbürgermeister Kuras und **Herr Schönemann** stimmten überein, dass die Hauptfehlerquellen erkannt und beseitigt werden müssen, insbesondere im Hinblick auf die Rechtmäßigkeit. Bezüglich des richtigen Setzens der Häkchen im SessionNet werde der Handlungsdruck erhöht, so der Oberbürgermeister weiter.

Er fragte vorab, wie hoch die Zustimmung in den Fraktionen sei: in der AfD-Fraktion seien alle dafür, in den Fraktionen der CDU und Die Linke sind bis auf jeweils zwei auch alle für die Umstellung. In der Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen wurde vorab nicht abgestimmt, jedoch ging Herr Dr. Melchior von einstimmiger Zustimmung aus. Über die Fraktionen der SPD und Pro Dessau-Roßlau sowie über das NPD-Mitglied konnten keine Aussagen getroffen werden. Anschließend wurde darüber diskutiert, die Prämisse von 90% auf 40 Stadträte abzuändern. Eine Änderung erfolgte nicht.

Herr Schönemann hinterfragte bezüglich der Willenserklärungen zur ersatzweisen Zustellung über die Fraktionsbüros, ob diese Zustellungskonstellation im Zusammenhang mit dieser Beschlussvorlage stehe. **Herr Oberbürgermeister Kuras** verneinte dies und sagte es, dass diese ein Teil der Lösung sein könnten und er darauf zu einem späteren Zeitpunkt eingehen werde. Anschließend bat er um Abstimmung, jedoch hinterfragte **Herr Adamek** nochmals den dritten Beschlussvorschlag der Vorlage. **Frau Nußbeck** stellte klar, dass einheitliche Geräte beschafft werden müssen, jedoch könne man noch bereden, ob Notebooks oder Tablets angeschafft werden sollen. Die Nutzung des eigenen Gerätes dürfe nur Ausnahme, nicht die Regel sein.

Herr Oberbürgermeister Kuras stellte die Beschlussvorlage unverändert zur Abstimmung.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 07:00:02

**11.9 Teilnahme der Stadt Dessau-Roßlau am Förderaufruf des Bundes
"Investitionspakt Soziale Integration im Quartier 2017"
Vorlage: BV/076/2017/III-65**

Herr Oberbürgermeister Kuras erinnerte einleitend daran, diesen Tagesordnungspunkt nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt zu haben und übergab zur Begründung das Wort an **Frau Schlonski**. Diese bekräftigte, dass die Verwaltung erst am 01.02.2017 die Information über ein neues Programm des Bundesbauministeriums mit dem Titel „Investitionspaket Soziale Integration im Quartier 2017“ vom Landesverwaltungsamt erhalten habe. Im Rahmen des Programmes können in anderen Fördergebieten der Städtebauförderung Projekte zum Erhalt und Ausbau sozialer Infrastruktur und zur Weiterqualifizierung zu Orten des sozialen Zusammenhalts und der Integration in den Quartieren beantragt werden. Großer Vorteil sei, dass nur 10 % Eigenanteil der Kommune erforderlich seien. Daher habe sich die Stadt dazu entschlossen, schnell zu prüfen, welche Projekte der Verwaltung dafür in Frage kämen. Im Ergebnis wolle man einen Förderantrag für das Vorhaben der Sanierung der sozialen Begegnungsstätte in der Törtener Straße 13 - 14 erstellen. Der Vorlage sei ein Anschreiben vom 03.03.2017 beigelegt, da sich das Verfahren ein wenig geändert habe: statt einer Eilentscheidung des Oberbürgermeisters soll es ein Beschluss in diesem Gremium und dem Stadtrat am 22.03.2017 sein, da der Antrag bis zum 31.03.2017 zu stellen ist. Von der Einrichtung wurden Bilder beigelegt, welche den Handlungsbedarf eindeutig belegen, so Frau Schlonski. Es gehe in der Beschlussvorlage nur um die Antragstellung. Ob die Stadt das Projekt letztendlich gefördert bekommt, sei dahingestellt. Die Chancen stehen gut, weil das Gebäude genau den Förderkriterien entspreche.

Frau Nußbeck erklärte, Haken an der Beschlussvorlage sei, im Antrag schon die Eigenmittel im Haushalt zeigen zu müssen, jedoch sind eben erst in dieser Sitzung die Änderungslisten beschlossen worden. Die Eckzahlen seien bereits fest, müssten allerdings noch in den Haushalt aufgenommen werden. Daher wurden seitens der Verwaltung Deckungsvorschläge gemacht. Diese bewegen sich innerhalb von Maßnahmen des Haushaltes, müssten aber noch in die Änderungslisten, die am 22.03.2017 im Stadtrat beschlossen werden, aufgenommen werden. Sie wies daraufhin, dass im nächsten Jahr wieder neu geplant werde und die Verschiebungen neu berücksichtigt werden.

Herr Schönemann hätte das Schriftstück des Landesverwaltungsamtes gern als Anlage zum Protokoll; sowie Aussagen zur konzeptionellen Untersetzung. Letzteres werde zu den Stadtratsunterlagen nachgereicht, so **Frau Schlonski**.

Frau Benckenstein erklärte, dass das Gebiet sehr gut ausgewählt sei.

Auf Nachfrage von **Herrn Kolze** erläuterte **Frau Wirth, Leiterin des Amtes für Stadtfinanzen**, dass im Jahr 2017 die Mittel für Hard- und Software um 3.000 EUR und im Jahr 2018 um 56.000 EUR reduziert werden. Diese werden im Jahr 2019 der Hard- und Software wieder zugeführt (59.000 EUR). Insgesamt werde es gedeckt aus der Erhöhung der Fördermittel des Landes für das Georgium um 244.000 EUR als zusätzliche Erträge. Es fehle hinterher nicht am Georgium, wurde bestätigt.

Der Oberbürgermeister stellte die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 09:00:00

Anschließend stellte der Oberbürgermeister Nichtöffentlichkeit her.

16 Schließung der Sitzung

Herr Oberbürgermeister Kuras schloss die Sitzung um 19:55 Uhr.

Dessau-Roßlau, 04.04.17

Oberbürgermeister Peter Kuras
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Sandra Kahl
Schriftführerin